

Laibacher Tagblatt.

Redaction und Expedition: Bahnhofsgasse Nr. 15.

Nr. 298.

Pränumerationspreis:
für Laibach: Ganzj. fl. 5.40;
Zustellung ins Haus wörtl. 25 kr.
Mit der Post: Ganzj. fl. 12.

Dienstag, 30. Dezember 1879. — Morgen: Sylvester.

Insertionspreis: Ein-
spaltige Zeitzeile à 4 kr., bei
Wiederholungen à 3 kr. An-
zeigen bis 6 Seiten 20 kr.

12. Jahrg.

An unsere Leser!

Mit Neujahr beginnt das „Laibacher Tagblatt“ seinen dreizehnten Jahrgang. Zu einer Zeit ins Leben gerufen, in welcher es galt, den nach langen Kämpfen zum Siege gelangten liberalen Staats- und Verfassungsgeboten eine feste Stütze, eine verlässliche Grundlage in der Bevölkerung Krains zu verschaffen und innerhalb der engen Kreise seiner Wirksamkeit die Angriffe zurückzuweisen, welche, auf einer falschen Deutung des nationalen Standpunktes oder auf einer Ausnützung des letzteren durch heimliche und offene Reactionäre fußend, sich dem Liberalismus und der deutschen Bevölkerung Krains feindlich gegenüberstellen, hat das „Laibacher Tagblatt“ durch nunmehr zwölf Jahre sein Banner aufrechterhalten, unbekümmert um die Gunst der Mächtigen des Tages, ohne Rücksicht auf die wechselnde Strömung in den oberen Regionen. Nach einer solchen Vergangenheit bedarf es wohl keines weiteren Hinweises, daß es auch im nächsten Jahre das eifrigste Bestreben der Redaction sein wird, in unverrückter Principientreue den Standpunkt zu bewahren, welchen das „Laibacher Tagblatt“ seit dem Tage seines Entstehens innehatte. Liberalismus und Verfassungsrecht als die glänzenden Leitsterne seiner Thätigkeit betrachtend, muß es selbstverständlich jener Strömung entgegengetreten, welche unter dem Schlagworte der Vertheidigung nationaler Rechte die begabte slovenische Nation zum Piedestal persönlichen Ehrgeizes und zum Werkzeuge für herrschsüchtige Pfaffen und feudale „Vaterlands“-Ritter herabwürdigte. Mit Politikern solcher Sorte und ihrem Anhang hat das „Laibacher Tagblatt“ nichts gemein. Wenn es aber aus eben diesem Grunde dieser Partei gegenüber einen Kampf bis aufs Messer führt, so glaubt es doch während des letzten Halbjahres den Beweis geliefert zu haben, daß der Kampf um politische Tagesfragen nicht zu einem Gezänke um Personen herabzusinken braucht.

Was den Inhalt des „Laibacher Tagblatt“ anbelangt, so wird es das Bestreben der Redaction sein, durch Leitartikel über die hervorragendsten Tagesfragen, durch kurze orientierende Aufsätze und durch Notizen politischen Inhalts die Leser über alle wichtigeren Vorgänge am politischen Horizonte auf dem Laufenden zu erhalten, ohne daß dieselben zu einem größeren Blatte greifen müßten. Das Feuilleton bringt Aufsätze belehrenden und unterhaltenden Genres, während die Rubrik „Local- und Provinzial-Angelegenheiten“ im nächsten Jahre eine möglichst eingehende Pflege finden soll. Um diesem Ziele möglichst gewissenhaft Rechnung tragen zu können, richtet die Redaction an die Leser des „Laibacher Tagblatt“ in Stadt und Land die ergebene Bitte, ihr über alle Vorkommnisse von allgemeinerem Interesse in möglichst knapper Form Mittheilung machen zu wollen, indem sie ihrerseits die Versicherung abgibt, daß sie die Geheimhaltung der Namen der Einsender als die heiligste der redactionellen Pflichten betrachtet.

Mit dem Ansuchen, die unten stehenden Pränumerationsbedingungen behufs rechtzeitiger Erneuerung des Abonnements einer gefälligen Berücksichtigung zu würdigen

hochachtend
die Redaction des „Laibacher Tagblatt“.

Pränumerations-Bedingungen:

Für Laibach:		Mit Postversendung:	
Ganzjährig	8 fl. 40 kr.	Ganzjährig	12 fl. — kr.
Halbjährig	4 „ 20 „	Halbjährig	6 „ — „
Vierteljährig	2 „ 10 „	Vierteljährig	3 „ — „
Monatlich	— „ 70 „		

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 kr., monatlich 9 kr. — Einzelne Nummern 6 kr.

Ministergerüchte.

Durch eine Mittheilung der officiösen „Montags-Revue“ sind wir in die Lage versetzt, unseren Lesern Ort und Stelle verrathen zu können, wo in Wien föderalistischen Minister ausgebrütet werden. Dieselbe befindet sich im Hotel zur „ungarischen Krone“ — ob im Souterrain oder in den Mansarden ist nicht gesagt — und soll sich zu einem solchen Geschäfte besonders deshalb gut qualifizieren, weil im besagten Hotel der ehemalige Minister Schöffle des Cabinets Hohenwart sein Absteigequartier zu nehmen pflegt. Schöffle, der berühmte Vertheidiger des Zweikindersystems aus volkswirtschaftlichen Rücksichten, der unbeschadet seiner Hinnahme zu socialistischen Theorien doch das Zeug zu einem famosen Reactionär besitzt, hat nämlich bei dem jüngsten föderalistischen Ministerbebrütungs-geschäfte als Bruthenne gewirkt, während die Eier hiefür von den Czechen und der Rechtspartei herbeigeschafft wurden. Doch so sehr man auch in der autonomistischen Presse über die Nothwendigkeit der Herbeiziehung neuer Männer zur Regierung gackerte: die Abstimmung über die Wehrgefehrfrage soll das Brutgeschäft unterbrochen haben.

Wie nämlich die „Montags-Revue“ erzählt, sollen die Autonomisten davon Kunde gehabt haben,

daß Graf Taaffe für den Fall der Ablehnung der Wehrgefehrvorlage zu demissionieren beabsichtige und daß in diesem Falle ein föderalistisches Vollblutministerium an die Reihe kommen werde. Um nun nicht unvorbereitet von der Berufung zur Regierung überrascht zu werden, wurde im Hotel „zur ungarischen Krone“ ein provisorischer geheimer Regierungsrath der Föderalistenführer abgehalten und dabei entschieden, daß Hohenwart das Portefeuille des Innern, Clam-Martinič die Finanzen erhalten solle. Dem Baron Gödel-Lannoy war möglicherweise das Portefeuille für Cultus und Unterricht zugebacht, eine wahrhaft verblüffende Verfügung, von welcher die Welt, beziehungsweise die große Presse Wiens allerdings nur auf dem Umwege über Laibach Kunde erhielt. Außerdem hatte man sich in jener unter Schöffles Mitwirkung abgehaltenen Conferenz auch sehr angelegentlich mit der Purification des österreichischen Beamtenstandes befaßt, indem man Statthalter absetzte, Hofräthe schon im vorhinein decretierte und was dergleichen Regierungsfunktionen mehr sind. Da sei die letzte Abstimmung in der Wehrgefehrfrage gekommen, welche das Verbleiben des Ministeriums Taaffe ermöglichte und die Aussichten auf das Ministerium Hohenwart-Clam verdarb.

Aufrichtig gesagt, ist uns nichts unangenehmer,

als uns mit jenem officiösen Wische zu beschäftigen, der an seiner Stirne deshalb den Titel „Montags-Revue“ trägt, weil er am Sonntag erscheint. Aber diesmal ist es im Interesse der Verfassungspartei, auf das Treiben dieses Organs aufmerksam zu machen, das sich jetzt alle Mühe gibt, die Abstimmung in der Wehrgefehrfrage als willkommenen Behelf zu einer dauernden Spaltung der Verfassungspartei auszunützen. Denn nur deshalb wird fortwährend darauf verwiesen, daß die für den § 2 der Wehrgefehrvorlage stimmenden Mitglieder der Verfassungspartei den Staat vor einem Ministerium Hohenwart-Clam gerettet hätten, eine Meldung, die wir, beiläufig gesagt, schon deshalb nicht glauben, weil wir den Grafen Taaffe durchaus nicht für den Mann halten, der in Bezug auf parlamentarische Erfolgsfolge ein so feines Gefühl bekundete, daß er wegen Nichterlangung der Zweidrittel-Majorität schon die Flinte ins Korn werfen würde. Ueberdies war es ja einzig und allein die „Mont.-Revue“, welche den Ministerpopanz „Hohenwart-Clam“ zur Abschreckung der Verfassungspartei aufstellte, und es gehört eine starke Dosis officiöser Unverschämtheit dazu, behaupten zu wollen, daß bloß den wohlwollenden Rathschlägen der „Mont.-Revue“ folgend, ein Theil der Verfassungspartei für die Regierungsvorschläge gestimmt habe. Aber selbst

wenn das der Fall wäre, hat ein Organ von der Unselbstständigkeit der „Montags-Revue“ wahrlich keine Ursache, durch übertriebene Hervorhebung der Nachtheilsfolgen zum Hass gegen die Majorität der Verfassungspartei aufzureizen, welche auf dem principiellen Standpunkte verharret, während sich die Minorität schließlich durch Nützlichkeitsgründe für die Regierungsvorlage gewinnen ließ. Beide Anschauungen sind in ihrer Art berechtigt; keine davon begründet einen Abfall von den Principien der Verfassungspartei, und wer trotz alledem diese Stimmenabgabe zu einer bleibenden Zerklüftung der Verfassungspartei benützen will, der ist eben nichts mehr und nichts weniger als ein politischer Intriguant niedrigster Sorte.

Allerdings liegt der Zweck solcher Bemühungen auf der Hand. Man will die Minorität der Verfassungspartei losrennen von der Majorität, um sie schließlich nach Durchführung eines Isolierungsprocesses zum Material für die Mittelpartei im Sinne des Cabinets zu machen. Doch werden diese Lobeshymnen für die Minorität und die Verleuperungen der Majorität am gesunden Sinne der Verfassungspartei und an deren Zusammengehörigkeits-Bewußtsein scheitern, und wenn jetzt eine an anderer Stelle erwähnte officöse Stimme erklärt, daß Graf Taaffe derzeit durchaus nicht an die Ergänzung des Cabinets denke, so ist darin offenbar die Sachlage völlig richtig und verständnisvoll charakterisirt. Die Regierung weiß es eben selbst am besten, daß eine Ergänzung aus den Reihen der Verfassungspartei gegenwärtig nicht angeht und wird ihr Provisorium schon deshalb aufrechterhalten müssen, weil eine Ergänzung aus den Reihen der Autonomisten dem, was man bisher als Coalitionspolitik bezeichnete, ein jähes Ende bereiten und damit das Cabinet Taaffe selbst befeitigen müßte.

Nach den vorstehenden Erörterungen hält es auch nicht schwer, die ganze Verschwörergeschichte aus dem Hute „zur ungarischen Krone“ auf ihr richtiges Maß zu reducieren. Die Herren Föderalisten haben sich einfach vorgeesehen, für den Fall der Ablehnung der Regierungsvorlage mit einem gewissen Schein von Berechtigung als Regierungspartei der Krone mit Wünschen näher zu treten, welche auf eine völlige Aenderung des ganzen Systems hinausliefen. Daß man dabei vielleicht auch schon Männer namhaft machte, welche als Vertrauensmänner ihrer Liga der Regierung zur Berücksichtigung anempfohlen wurden, ist allerdings nicht unmöglich. Denn in Wirklichkeit verfügen die Autonomisten durchaus nicht über einen Ueberfluß an Staatsmännern, um bei jedem

Griffe in ihre Partei schon einen tauglichen Ministercandidaten beim Schopfe packen zu können. Aber Bedeutung kann das ganze Autonomistenconventikel, von welchem die „Montags-Revue“ so viel Wesens macht, keine beanspruchen, es sei denn, daß es dem erwähnten Reptilienblatte Anlaß gab, zu zeigen, mit welchen Mitteln die bezahlte Regierungsfreundlichkeit derzeit arbeitet, um die ersehnte Mittelpartei um den Preis der Zertrümmerung der Verfassungspartei zu gewinnen. Dieses Manöver wird jedoch hoffentlich nicht gelingen, und so lange die Verfassungspartei, unbeschadet der freien Entscheidung ihrer Mitglieder in Angelegenheiten ohne principielle politische Bedeutung, ihre Zusammengehörigkeit in allen für die Ziele und den Bestand der Partei wichtigen Fragen bewahrt, braucht sie sich selbst dann nicht zu fürchten, wenn von den Autonomisten alle acht Tage eine neue Ministerente à la Göbel-Cannoy ausgebrütet würde.

Eine zugestandenvermaßen aus officiöser Quelle stammende Correspondenz der „Bohemia“ bringt über die schwebenden inneren Tagesfragen, die Haltung der Regierung gegenüber dem czechischen Memorandum und die Ergänzung des Cabinets betreffend, folgende Meldung: „Das Memorandum an sich ist vorerst nur eine Bitte an die Krone und an die Regierung. So wenig sich die Czechen damit schmeicheln können, daß die Ueberreichung des Memorandums mit der Erfüllung desselben identisch ist, so wenig ist andererseits die Besorgnis gerechtfertigt, daß jene wichtigen Interessen des Staates oder anderer Nationalitäten, die in dem Memorandum tangiert werden, auch nur im geringsten angetastet sind oder angetastet werden sollen. Die Czechen werden Mannes genug sein, ihre Forderungen auch im Reichsrathe zu vertreten, und es wird dort an berufenen Männern nicht fehlen, die im Namen der Interessen der Deutschen den Czechen entgegenzutreten werden, wo sich dies als nothwendig erweisen sollte. Graf Taaffe, so wird versichert, und dies wird als das Beruhigende in der Sachlage erklärt, ist nach keiner Seite engagiert, er ist den Czechen so wenig wie einer anderen Partei verpflichtet, er ist nur den Interessen des Staates gegenüber engagiert, und dieses Engagement wird er wohl auch halten. Auch ist er — wie man versichert — unter den gegenwärtigen Verhältnissen fern davon, durch Heranziehung neuer Politiker in das Cabinet dasselbe dieser oder jener Partei näher zu bringen. Weder im gegenwärtigen Momente noch selbst während der nächsten Reichsrathscampagne dürften sich Aenderungen im Cabinet vollziehen, so viel auch davon geredet wird,

meist wohl nur in der Tendenz, das, was man eben wünscht, schon als geschehen darzustellen und ihm auf diese Art den Weg zur Verwirklichung zu bahnen.

Nach mehrfachen Mittheilungen kann der Abschluss eines provisorischen Handelsvertrages Oesterreichs mit Deutschland als vollendete Thatsache betrachtet werden. Die „Presse“ bringt hierüber in ihrem Morgenblatte vom 29. d. folgende Notiz: In diesem Augenblicke dürfte die von unserem Berliner Correspondenten signalisirte Note der deutschen Reichsregierung bereits hier eingetroffen sein, in welcher die bekannten Propositionen Oesterreich-Ungarns seitens Deutschland angenommen werden. Somit wird das bestehende Meistbegünstigungsverhältnis zwischen den beiden Reichen bis 30sten Juni 1880 verlängert. Die Bestimmungen des mit Ende dieses Jahres ablaufenden Vertrags über den Kohlenverkehrs, über das Appreturverfahren, über die Beschlagnahme von Eisenbahnwaggons, sowie über die Publication der Eisenbahnrefactien werden nicht erneuert, dagegen bleiben die sonstigen Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags, über die gleichmäßige Behandlung der beiderseitigen Staatsbürger, über Marken- und Musterschutz u. s. w., desgleichen die wichtigsten Bestimmungen des Zollcartells, sowie die Erleichterungen im Grenzverkehr während der Dauer der Vertragsverlängerung aufrecht.

Herr du Rousseau, welcher direct vom Papste zum Verwalter der Diocese Tournai bestellt wurde, führt ganz dieselbe Sprache, welche sich die wirklichen Bischöfe Belgiens trotz der päpstlichen Ermahnungen bedienen. So hat er in einer Ansprache an die Mitglieder der Gesellschaft des heil. Vincent de Paula und der ouvres pontificales eine Ansprache gerichtet, welche sich als eine unumwundene Kriegserklärung des Ultramontanismus gegen die moderne Schulgesetzgebung qualificirt. Du Rousseau hat offen erklärt: „Der Kampf ist Pflicht für uns alle. Durch den Kampf lernt man siegen und wird man würdig des Sieges. Kämpfen wir also im Namen des Glaubens, durch ihn werden wir sicher triumphieren. Ueberall ist dem Christenthum der Krieg erklärt; wenn hisweilen in den Augen der Menschen der Vortheil den Feinden der Kirche zugewandt zu sein scheint, darf uns doch die Hoffnung nicht verlassen. Gott ist mit uns, und alles, was man gegen ihn unternimmt, muß schließlich zugrunde gehen.“ Alsdann hat er die schlimme Lage, in welche die Katholiken durch das neue Schulgesetz gerathen seien, mit dem Zustande verglichen, „in dem sich die ersten Kinder der Kirche

Feuilleton.

Carl Schurz über die Indianer.

Die „civilisirten Nationen“ sind dort, wo sich eine barbarische Rasse ihren kaufmännischen Speculationen entgegenstellt, gewöhnlich sehr schnell mit ihrem Bildungslatein zu Ende: „Die Rasse ist civilisationsunfähig; sie muß vertilgt werden!“ Ein ähnliches Urtheil wurde bekanntlich von den Yankes auch über die Indianerstämme Nordamerikas gefällt, und schon seit Jahren galt es bei den Anglo-Amerikanern als feststehendes Dogma, daß man die Rothhäute als eine untergeordnete, auf das Aussterbe-Etat gestellte Rasse ansehen müsse, welche die „Wohlthaten“ der Weißen nur mit schnödem Undank lohne und welche eben keines besseren Loses würdig sei, als daß die Weltgeschichte über sie zur Tagesordnung, beziehungsweise zur Vernichtung übergehe. Minister Carl Schurz, welcher als deutscher Flüchtling nach Amerika kam, um es dort durch seinen festesten Charakter, seine gerade Ehrlichkeit und seine seltene, mit hoher Energie gepaarte Begabung bis

zum Minister des Innern des großen nordamerikanischen Freistaates brachte, hat das Verdienst, das wegwerfende Urtheil der Yankes über die Indianer berichtigt zu haben. Carl Schurz, welcher seine diesbezüglichen Anschauungen in seinem Jahresberichte an den Präsidenten niederlegte, ist aber auf diesem Gebiete viel kompetenter, wie jeder andere Gewährsmann, weil er der erste Staatsmann Nordamerikas ist, welcher die Verhältnisse der Indianerstämme aus eigener Anschauung kennen zu lernen suchte. Was aber seinem erwähnten Berichte einen besonders hohen Wert verleiht, ist der Umstand, daß er sich nicht etwa bloß auf die Aufstellung einer neuen theoretischen Indianerpolitik beschränkte, sondern vielmehr auch in klarer Weise die praktischen Grundsätze feststellte, auf welche hin die Civilisation der Rothhäute anzustreben wäre. Schurz's Ideen haben nichts gemein mit jener Indianerpolitik, die das Verhältnis zwischen Weißen und Rothhäuten durch die Worte ausdrückt: „Ich oder du!“; Schurz hält nur an der Ansicht fest, daß die Indianer culturfähig sind, daß alle früheren Versuche, sie zu civilisiren, nicht die passenden waren, als daß sie hätten wirken können.

Mit Recht weist Schurz darauf hin, daß sich unter den rebellischen Indianern gewöhnlich gerade so viele auf dem Kriegspfade befinden, als weiße Räuber an der mexicanischen Grenze sich gegen das Gesetz auflehnen. Schurz hält an der Ueberzeugung fest, daß der Indianer culturfähig ist, und daß er civilisirt werden kann, wenn man ihn zum Ackerbau und zur Viehzucht anhält, seine Kinder erzieht und ihm den Schutz und die Strafen des Gesetzes fühlen läßt. Vor allem ist es aber nach Schurz's Dafürhalten nothwendig, dem Indianer einen engeren Wirkungskreis zu ziehen, ihm eine begrenzte Heimstätte anzuweisen, auf der er die Pflicht und die Freude der Arbeit kennen lernen könnte. Schurz äußert sich über das Indianerwesen folgendermaßen:

„Zu welchen Verlegenheiten auch die Anwesenheit der Indianer unter uns Veranlassung geben mag, wird doch jeder gerechtigkeitsliebende und die Ehre des amerikanischen Namens hochhaltende Mensch zugeben, daß es unsere heilige Pflicht ist, nichts unversucht zu lassen, den Ureinwohnern unseres Landes, in welchem so viele Millionen unseres Volkes wohlhabend und glücklich geworden sind, ein besseres Geschick, als das

befanden, als sie in den Circus geschleppt und den wilden Thieren zum Fraß vorgeworfen wurden.“ Aber „die mit Ehre und Brunn umgebenen Befolger“, welche die Schulen in diocletianische Mördergruben verwandelt haben, werden schließlich überwunden werden.“ — So behauptet der Bisthumsverwalter von Tournai und verstärkt hiedurch als Vertrauensmann des Vaticanus nur den Verdacht, daß die Weisungen und vertraulichen Mittheilungen der päpstlichen Kanzlei nicht in jenem veröhnlichen Tone gehalten sein mögen, wie die für den amtlichen Verkehr mit der belgischen Regierung bestimmten Actenstücke.

Nach den neuesten Mittheilungen über den Stand der französischen Ministerkrise hat Challemel-Lacour das ihm angebotene Portefeuille des Innern abgelehnt. Herr Challemel, der übrigens weit mehr eine Creatur Gambettas ist, als beispielsweise der gleichfalls als Candidat für die Staatssekretärsstelle im Ministerium des Aeußern genannte Spuller, hat sich nun einmal auf das letzterwähnte Ministerium capriciert und weist jedes andere Portefeuille zurück. Doch scheint er in diesem Falle auf eigene Faust zu handeln, da nach verbürgten Nachrichten sich Gambetta durchaus nicht gegen die Person Waddingtons als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, sondern nur dagegen aussprach, daß bei dem derzeitigen Stande der parlamentarischen Verhältnisse, welche die Entscheidung in der Kammer auf Seite der republikanischen Union und der republikanischen Linken lege, ein Mitglied aus den Reihen des linken Centrums an der Spitze der Regierung stehe. Nach den neuesten Meldungen soll auch zwischen Grévy und Gambetta vollständige Uebereinstimmung betreffs Einigung aller Republikaner bestehen, und dürfte also das neue Ministerium zwar einen entschiedenen Fortschritt bekunden, aber dabei doch allen Verlockungen zu einer turbulenten Aenderung der äußeren Politik aus dem Wege gehen.

Ein Correspondent der „Newyorker Tribune“ erzählt, er habe mit Gambetta über die auswärtige Politik Frankreichs gesprochen, und da habe dieser tonangebende und auswärts mit so vielem Argwohn betrachtete Mann ihn versichert, daß Frankreich, wie sehr es auch wünschen müsse, seine verlorenen Provinzen wiederzugewinnen, doch zu diesem Zwecke niemals einen Krieg unternehmen werde, es müßte denn gerade wieder in die Hände eines Kaisers fallen, der eines solchen Vorwandes bedürfte, um den militärischen Neigungen der Nation neue Auf-

regung zu geben. Die Welt müsse den Fortschritt durch den Frieden lieber als durch den Krieg suchen. Ein neuer Krieg würde die Republik um zwanzig oder dreißig Jahre zurückwerfen, wenn Frankreich nicht gleich, wie Preußen im Jahre 1866, nach einem siebentägigen Feldzuge einen vollständigen Sieg davontrüge. — Hoffentlich wird Frankreich die Versuchung erspart bleiben, Deutschland in sieben Tagen besiegen zu wollen.

Vermischtes.

— Richard Zimmermann †. Wie aus Seeon in Baiern mitgetheilt wird, ist dort Richard Zimmermann, der vormalige Redacteur der „Freiheit“, am 25. d. gestorben. Der Tod war für ihn ein Erbsünder von vielfährigen Leiden. In Darmstadt geboren, kam Richard Zimmermann nach Oesterreich, wurde Officier und unterstützte als Anführer von Freischaren den Bourbonenkönig Franz II. gegen die Aspirationen des Königs Victor Emanuel. Als Titular-Major verließ er die Dienste des Königs, um als Beamter bei der österreichischen Südbahn einzutreten. Der trodene Bahndienst sagte jedoch dem Wesen Zimmermanns nicht zu und er wurde Publicist. Richard Zimmermann gab die Wochenschrift „Freiheit“ heraus, in welcher er gegen den Glauben und Aberglauben mit rücksichtslosem Witz polemisierte. Er wurde wegen seiner Aufsätze in Graz mehrmals vor die Geschwornen gestellt und immer freigesprochen. Hierauf des Landes verwiesen, übersiedelte Richard Zimmermann nach Dedenburg und von da nach Passau, wo er wegen seines zerrütteten Nervensystems jede geistige Arbeit aufgeben mußte. Begleitet von seiner Gattin, welche den siechen Mann durch acht Jahre mit bewundernswertem Heroismus pflegte, begab sich Zimmermann nach Seeon, wo er von Spenden der Humanität lebte.

— Ein Irfsinniger. Aus Innsbruck wird berichtet: Ein in den letzten Tagen zugereister wohlgekleideter Mann — ein Pole aus angesehener Familie in Pratau und Doctor der Medicin — kam am Weihnachtabend in die Privatwohnung eines bekannten hiesigen Universitätsprofessors und bedrohte denselben mit einer ihm vorgehaltenen Pistole. Der Professor hatte so viel Geistesgegenwart, seinem Angreifer einen so verben Schlag auf den Arm zu versetzen, daß derselbe die Waffe fallen ließ. Während nun der Professor um Hilfe rief, entwich der Fremde, gieng in der M. Theresienstraße in verschiedene Kaufläden, unter anderm nach vornehmen adeligen Familien und dergleichen fragend. Mittlerweile wurde die Polizei in Bewegung

gesetzt und der Irfsinnige — ein solcher war es ohne Frage — nach starkem Widerstand unter großem Zusammenlauf von Menschen mit Hilfe von Dienstmännern festgenommen und in Gewahrsam gebracht.

— Sein eigener Henker. Aus Freiberg, 19. d., wird berichtet: „Heute früh hat der wegen Ermordung seiner Schwiegermutter zum Tode verurtheilte Hausbesitzer Carl Heinrich Müller aus Dittmannsdorf selbst das Todesurtheil an sich vollzogen. Um 5 Uhr hatte man ihn noch mit den Ketten rasseln gehört; um 6 Uhr wurde er, am Gitter seines Gefängnisses hängend, todt aufgefunden. Er hatte sich zu der That seines Hofenträgers bedient.“

— Eine unbegehrte Redaction. Der bisherige Redacteur des „Brigener Kirchenblatt“ erklärt in der letzten Nummer, daß er die Redaction niederlege, und fügt dieser Erklärung die Bemerkung bei: „Da niemand ein Verlangen tragen dürfte, die Redaction des „Brigener Kirchenblatt“ fortzuführen, wird dasselbe im Jahre 1880 nicht mehr erscheinen.“

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

— (Aus der Handelskammer.) Die Handels- und Gewerbekammer beschloß in der gestrigen Sitzung, dem Landesgerichte zu berichten, daß die Kammer den Betrieb der Farben- und Tbonwarenfabrik in Base nicht zu den handwerksmäßigen zählen könne und daher die Besitzer derselben zur Firmaprotokollierung verpflichtet ist. Sie genehmigte die Rechnung über den Handlungsschuldsfond und beschloß über Antrag des Präsidenten Alexander Dreo, eine Petition an das hohe k. k. Handelsministerium wegen Ausbaues der Unterkraiser Eisenbahn, dann über Antrag des Kammerathes Horak in derselben Sache eine Petition an das hohe Abgeordnetenhaus und Ersuchen an einige Schwessterkammern um Unterstützung der Petition. Endlich beschloß die Kammer über Antrag des Präsidenten, ein Ansuchen an die Direction der österreichisch-ungarischen Bank um Verfügung, daß Bankanweisungen an fremde Plätze in Silber gezahlt werden können.

— (Von der Feuerwehr.) Wie uns von Seite des Commandos der freiwilligen Feuerwehr mitgetheilt wird, hat Herr Ottomar Bamberg der freiwilligen Feuerwehr in Anerkennung der raschen und erspriesslichen Hilfeleistung bei dem Glashausbrande vom 26. d. zugleich mit einem verbindlichen Dankschreiben den Betrag von 50 fl. zu Vereinszwecken übermittelt. Das Christbaumfest betreffend, welches durch eben diesen Brand in so unerwarteter

der Vernichtung, und eine bessere Herrschaft, als die der rohen Gewalt, zu bereiten.

Es ist wahr, daß alle Indianer auf unserem nördlichen Festlande Wilde waren und es zum großen Theile noch sind; es ist aber ebenso wahr, daß manche Stämme sich zu einem viel verheißenden Grade von Civilisation erhoben haben, und es ist kein Grund vorhanden, zu bezweifeln, daß die übrigen Stämme bei richtiger Leitung befähigt sind, dem guten Beispiele jener zu folgen. Von den seit der Unterwerfung der Sioux in den Vereinigten Staaten angeblich vorhandenen 252,000 Indianern sind zur selben Zeit niemals mehr als 500 auf dem Kriegspfade gegen die Weißen gewesen.

Auch ist es keineswegs erwiesen, daß solche theilweise Unruhen durch die Abwesenheit des Militärs hervorgerufen worden sind, noch auch, daß ihnen durch die Anwesenheit des Militärs vorgebeugt worden wäre. Von den vier Indianer-Aufständen, welche innerhalb der letzten zwei Jahre stattgefunden haben, sind drei unmittelbar unter den Augen des Militärs ausgebrochen. Im Augenblicke verursachen eine Bande von weniger als 800 Utes und eine andere von 150 indianischen Räubern in Neu-Mexico — zusammen weniger als tausend von einer Indianerbevölkerung von einer

Viertelmillion — ernstere Unruhen. Thatsächlich war die Zahl weißer Strolche, welche in den letzten zwölf Monaten Neu-Mexico mordend und schändend durchstrichen, größer, als die der im südlichen Theile jenes Gebietes kürzlich auf dem Kriegspfade begriffenen Indianer. Ich bin keineswegs geneigt, die bedauerliche Natur der Indianerunruhen oder den Wert der militärischen Hilfe zu deren Unterdrückung zu verkleinern, aber es ist den Indianern gegenüber nur gerecht, die wichtige Thatsache hervorzuheben, daß Unruhen und Feindseligkeit die Ausnahme, Friedfertigkeit die Regel ist; daß ferner der bei weitem größte Theil der Indianerreservationen sich auch ohne die Anwesenheit einer zwingenden Macht im Zustande ununterbrochener Ruhe befindet, und es ist eine ebenso bezeichnende Erfahrung, daß, je weiter der Indianer in der Civilisation fortschreitet, desto sicherer auf sein friedliches und ordentliches Verhalten zu rechnen ist.

„Die von diesem Departement unverwandt angestrebten Endzwecke sind: Erstens, aus den Indianern Ackerbauer oder Viehhirten zu machen, um sie an ein gesittetes Leben zu gewöhnen und sie auf ihrer Hände Arbeit für ihren Lebensunterhalt anzuweisen; zweitens, ihre Jugend

beiderlei Geschlechts zu erziehen, damit das heranwachsende Geschlecht zu civilisirten Anschauungen, Bedürfnissen und Bestrebungen herangebildet werde; drittens, den Indianern eigenen Grundbesitz anzuweisen, der für eine bestimmte Zeit unveräußerlich ist, um sie von ihrer jetzigen Abhängigkeit von Stämmen mit gemeinsamem Grundbesitz zu befreien und sie zu lehren, ihren Stolz in den Besitz eines eigenen Heimwesens zu setzen; viertens, nachdem jeder Indianer seinen eigenen Grundbesitz hat, mit ihrer Zustimmung die nicht von ihnen besiedelten Theile ihrer Reservationen zu veräußern und aus dem Erlös einen Fond zu ihrer Unterstützung zu bilden, so daß die Regierung allmählich der Nothwendigkeit überhoben würde, durch jährliche Geldbewilligungen für den Unterhalt der Indianer zu sorgen; und fünftens, nachdem dieses Programm mit Erfolg durchgeführt sein wird, die Indianer auf gleichen Fuß mit allen anderen Bewohnern der Ver. Staaten zu stellen.

Wenn dieses Verfahren eingeschlagen und mit Weisheit und Festigkeit durchgeführt wird, wird, nach meinem Dafürhalten, die Lösung der Indianerfrage ohne Unbilligkeit gegen die Indianer und auch ohne Störung der Entwicklung des Landes daraus erfolgen.“

